



Die Wohnraumkrise in Chamonix spitzt sich zu. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, plant die Gemeinde eine drastische Maßnahme: Künftig sollen keine neuen Ferienwohnungen mehr gebaut werden dürfen. Ein entsprechender Beschlussentwurf wurde bereits dem Gemeinderat vorgelegt – am 13. März steht die Abstimmung im kommunalen Rat an.

Radikale Wende in der Wohnbaupolitik

Chamonix-Mont-Blanc ist ein Traumziel für viele – aber ein Albtraum für diejenigen, die hier ganzjährig leben und arbeiten wollen. Der Grund? Ganze **70 % der Wohnfläche besteht aus Zweitwohnungen**. Wer in der Gemeinde dauerhaft sesshaft werden will, hat es schwer. Die Preise steigen, während das Angebot für Einheimische schrumpft. Die neue städtebauliche Regelung (PLU) soll hier nun gegensteuern.

„Wir werden keine neuen Zweitwohnungen mehr genehmigen“, heißt es in einer Mitteilung der Stadt vom 12. März. Diese Entscheidung basiert auf der neuen **Loi Le Meur**, die es Kommunen ermöglicht, durch sogenannte „Servitudes de logement permanent“ (Dauerwohnpflicht) den Bau von Ferienunterkünften zu unterbinden.

Neue Regeln für Bauprojekte

Neben dem Baustopp für neue Zweitwohnungen hat die Stadt weitere Maßnahmen im Gepäck:

- **50 % Sozialwohnungen** bei großen Neubauprojekten in bestimmten Zonen
- **Mindestens 25 % sozialer Wohnraum** bei Bauvorhaben über 200 m²
- **Mehr Hotelkapazitäten**: Erweiterung bestehender Hotels um bis zu 20 %, um mehr Personal – vor allem Saisonarbeiter – vor Ort unterzubringen

Besonders der letzte Punkt ist entscheidend: Viele Arbeitnehmer müssen täglich weite Strecken pendeln, weil sie sich das Leben in Chamonix nicht leisten können. Die Gemeinde will diesen Trend stoppen und den Arbeitsmarkt durch bezahlbaren Wohnraum stabilisieren.



Chamonix zieht die Notbremse: Keine neuen Ferienwohnungen mehr erlaubt

Ein harter Schlag für Airbnb & Co.

Neben den neuen Bauvorschriften nimmt Chamonix auch den **bestehenden Wohnungsmarkt** ins Visier. Ab dem **1. Mai 2025** tritt eine strengere **Regulierung für Kurzzeitvermietungen** in Kraft. Wer seine Wohnung über Plattformen wie Airbnb vermietet, könnte es künftig schwerer haben, da die Stadt stärker auf dauerhafte Wohnnutzung setzt.

Diese Regelungen stützen sich auf ein 2024 beschlossenes Gesetz, das es Kommunen erleichtert, den Markt für möblierte Touristenunterkünfte zu kontrollieren. Chamonix nutzt dieses neue Instrument konsequent – wohl wissend, dass die Interessen von Investoren und Einheimischen oft kollidieren.

Wie geht es weiter?

Die Entscheidung des Gemeinderats wird zeigen, ob Chamonix diesen radikalen Kurs tatsächlich durchzieht. Aber eines ist sicher: Der Wohnungsmarkt in touristischen Hochburgen wie Chamonix kann nicht einfach weiterlaufen wie bisher. Wer in einer Stadt lebt und arbeitet, braucht auch einen Platz zum Wohnen – und keine Geisterstadt aus leeren Zweitwohnungen.

Autor: **Catherine H.**